



**HESSEN**

Hessisches Ministerium  
des Innern, für Sicherheit  
und Heimatschutz

# AUF DER STRASSE GEGEN DEN GEMEINSAMEN FEIND

Antisemitismus und Israelfeindlichkeit  
als Querschnittsnarrative im hessischen  
Protestgeschehen nach dem 7. Oktober 2023



# AUF DER STRASSE GEGEN DEN GEMEINSAMEN FEIND

## Antisemitismus und Israelfeindlichkeit als Querschnittsnarrative im hessischen Protestgeschehen nach dem 7. Oktober 2023

### DIE AUSGANGSSITUATION

Am 7. Oktober 2023 verübten mehrere verbündete Organisationen unter Führung der HAMAS einen groß angelegten terroristischen Angriff auf Israel. Der von der HAMAS als „Operation al-Aqsa-Flut“ bezeichnete Überfall begann in den frühen Morgenstunden während des jüdischen Feiertags Simchat Tora mit einem massiven Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen heraus. Militante Kämpfer und auch palästinensische Zivilisten überfielen israelische Militärposten im Grenzgebiet, die anliegenden Kibbuzim und ein Musikfestival im Süden Israels. Dabei gingen sie mit äußerster Gewalt vor. Diese richtete sich vor allem auch gegen Zivilisten. Menschen wurden gefoltert, verstümmelt und vergewaltigt, Häuser geplündert und niedergebrannt. Insgesamt wurden bei dem Angriff mehr als 1.200 Menschen getötet, über 5.400 Menschen verletzt und rund 250 Personen als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Das Ausmaß des Massakers und die unvorstellbare Brutalität, die die Angreifer an den Tag legten, haben die israelische Gesellschaft in ihren Grundfesten erschüttert.

Als eine der schwersten sicherheitspolitischen Krisen der jüngeren Zeit markiert der 7. Oktober 2023 einen Wendepunkt in der Geschichte des Nahostkonflikts und hatte weitreichende Folgen für die geopolitische Lage in der gesamten Region sowie für politische und gesellschaftliche Entwicklungen weltweit. Unmittelbar nach dem Angriff rief Israel den Kriegszustand aus und begann mit einer umfassenden militärischen Offensive im Gazastreifen, die in den folgenden Wochen intensiviert wurde. Diese Operation führte zu erheblichen Zerstörungen und hatte gravierende Auswirkungen auf die humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Gaza.

Die Folgen des Anschlags vom 7. Oktober waren auch in Deutschland und in Hessen unmittelbar zu spüren und

haben die Behörden, nicht zuletzt den Verfassungsschutz, stark gefordert. Zwei Entwicklungen gaben unmittelbar Anlass zur Besorgnis: Zum einen stieg seit dem Angriff die Zahl antisemitischer Vorfälle massiv an. Dies hat bis heute Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl von Juden in Hessen. Zum anderen wurde schnell deutlich, dass der Terrorangriff hochemotionale und dynamische Reaktionen von Extremisten verschiedener Phänomenbereiche nach sich zog, die die volatile Lage zur Agitation nutzten.

### DAS ANALYSEPROJEKT

Das Forschungsprojekt nimmt einen Teilbereich des öffentlichen Raums in den Blick, in dem es nachweislich bereits am 7. Oktober zu antisemitischen Vorfällen und extremistischer Agitation kam: das propalästinensische Protestgeschehen in Hessen. Untersucht wurde, wie und von wem hier Israelfeindlichkeit und Antisemitismus geäußert wurden und, daran anschließend, ob sich Akteure mit unterschiedlichem ideologischen Hintergrund über diese gemeinsamen Brückennarrative angenähert haben. Die vorliegende Studie versteht sich als zeithistorische Forschungsarbeit, die vorrangig mit den Mitteln der Quellenanalyse arbeitet. Mit Methoden der kritischen Diskursanalyse wurden Bilder, Plakate, Flyer, Parolen, Social-Media-Posts und Reden, die im Rahmen des Protestgeschehens verbreitet wurden, auf ihren israelfeindlichen und antisemitischen Gehalt untersucht. Ausgewertet wurden Veranstaltungen im Zeitraum zwischen dem 7. Oktober 2023 und dem 6. Februar 2024, die eine große Zahl von Demonstranten anzogen und damit eine Breitenwirkung entfalteten. Weiterhin wurden auch solche Veranstaltungen berücksichtigt, zu denen es, etwa aus Polizei- oder Pressemitteilungen, bereits Hinweise auf antisemitische oder israelfeindliche Äußerungen gab.

# ERGEBNISSE

### **Vorurteile eines israelbezogenen Antisemitismus prägen das Protestgeschehen**

Der israelbezogene Antisemitismus ist die seit einigen Jahrzehnten vorherrschende Erscheinungsform der Judenfeindschaft in Deutschland. Von ihm spricht man, wenn der Staat Israel negativ dargestellt wird und diese Darstellung auf antisemitischen Einstellungen, Vorurteilen, Ressentiments und Weltanschauungen beruht. Im israelbezogenen Antisemitismus werden Vorurteile gegen Juden kaum mehr offen oder explizit artikuliert, stattdessen beschränkt man sich auf subtile oder indirekte Andeutungen, um gesellschaftliche Ächtung oder juristische Konsequenzen zu vermeiden. Über diese Art der „Umwegkommunikation“ verschiebt sich die Schwelle des Sagbaren und antisemitisch geprägte Weltbilder werden zunehmend normalisiert.

Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass im propalästinensischen Protestgeschehen in Hessen nach dem 7. Oktober 2023 insbesondere Stereotype und Narrative dieses israelbezogenen Antisemitismus verwendet wurden. Parolen wie „Kindermörder Israel“, eine moderne Variante der im Mittelalter entstandenen Ritualmordlegende, oder ein Plakat, auf dem die Flagge des Staates Israel in einer Mülltonne abgebildet ist, versehen mit der Aufschrift „Keep the world clean“, sind Beispiele dafür, wie der einzige jüdische Staat weltweit zur Projektionsfläche für Judenhass gemacht wurde.

### **Gewalt gegen Juden wird verharmlost, gerechtfertigt und unterstützt**

Bereits kurz nach dem 7. Oktober 2023 wurde der Staat Israel vom Opfer zum Täter gemacht. Die im Protestgeschehen beteiligten Akteure bekunden kein Mitleid mit den verletzten, vergewaltigten, verschleppten und ermordeten Juden, sie verurteilen den Angriff nicht und bezeichnen ihn noch nicht einmal als solchen. Stattdessen wird die Gewalt, die am und nach dem 7. Oktober ausgeübt wurde, im Narrativ eines angeblich legitimen palästinensischen „Widerstands“ relativiert. Die Palästinenser hätten seit der Staatsgründung Israels unter Gewalt und Vertreibung durch die „Besatzungsmacht“ gelitten und seien gezwungen gewesen, sich auch mittels gewalttätiger Widerstandshandlungen gegen ihre „Unterdrücker“ zur Wehr zu setzen. Der Angriff vom 7. Oktober sei insofern folgerichtig, gerechtfertigt und notwendig gewesen, um den „Kampf für die Befreiung

Palästinas“ voranzutreiben. Israel, und implizit gemeint sind damit die vorwiegend jüdischen Bürger des Staates, habe die Gewalt, die es erfahren habe, verdient. Hier wird deutlich, wie sich die Argumentation im Protestgeschehen von einer zwar umstrittenen aber nicht extremistischen Perspektive hinsichtlich der Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser unterscheidet. Einige zivile und politische Organisationen befürworten ebenfalls bestimmte Formen des palästinensischen Widerstands – etwa Proteste, zivilen Ungehorsam oder internationale Kampagnen, nicht aber den völkerrechtswidrigen Einsatz von Gewalt gegen Zivilisten oder einen Angriff auf den souveränen Staat Israel. Die Akteure im Protestgeschehen aber glorifizieren und verharmlosen gerade einen terroristischen Akt gegen Zivilisten, dessen Ziel und Zweck es war, Angst zu verbreiten und politische Ziele mit Gewalt zu erzwingen.

Verschiedene Gruppierungen im Protestgeschehen bekundeten offen ihre Sympathie für die islamistische HAMAS sowie für die dem säkularen palästinensischen Extremismus zuzurechnende PFLP und ihre Auslandsorganisation Samidoun. Noch am 3. Februar 2024, drei Monate nachdem das Bundesinnenministerium HAMAS und Samidoun mit einem bundesweiten Betätigungsverbot belegt hatte, rief das sogenannte Kufiya-Netzwerk, in dem auch extremistische Gruppierungen organisiert sind, unter dem Titel „Freiheit für Palästina – Stoppt die Kriminalisierung des Widerstandes!“ zur Solidarität mit den verbotenen Organisationen auf. Damit ließen einige Gruppierungen im hessischen Protestgeschehen keinen Zweifel daran, dass sie sowohl den brutalen Angriff am 7. Oktober, an dem HAMAS und PFLP beteiligt waren, als auch grundsätzlich den Einsatz terroristischer Mittel gegen jüdische Zivilisten, wie sie beide Organisationen schon seit Jahrzehnten einsetzen, guthießen. Insbesondere aber machten sich Gruppierungen aus dem antiimperialistischen Spektrum durch die Solidarisierung mit der HAMAS auch mit deren explizit antisemitischer Ideologie gemein.

Die Auffassung, dass Gewalt gegen Israel im Kampf für eine „gerechtere Welt“ legitim sei, zog sich in Form des Aufrufs zur Intifada durch das gesamte Protestgeschehen. Antiimperialistisch ausgerichtete Gruppierungen reihten sich mit ihrer Verwendung der Parole im Zusammenhang mit ikonographischen Bildern aus den 1970er und 1980er Jahren in eine Traditionslinie linksextremistischer Gewalt ein. Die Fotografien palästinensischer Kinder, die Steine gegen die als übermächtig dargestellten israelischen

Besatzer schleudern oder Leila Khaled – einer Führungsfigur der linksterroristischen PFLP – als junger Frau mit Sturmgewehr, verbinden Symbole der Aggression mit dem Aspekt der vermeintlichen Unschuld. Auch in diesem Kontext wird deutlich, dass der Aufruf zum „Aufstand“ gegen Israel die Aufforderung zur Gewalt gegen Juden impliziert und von dieser nicht zu trennen ist. Mitglieder der PFLP, an deren Bildsprache sich antiimperialistische Gruppen hier angeschlossen haben, waren beispielsweise gemeinsam mit deutschen Terroristen der linksextremistischen Revolutionären Zellen an einer Flugzeugentführung ins ugandische Entebbe im Juni/Juli 1976 beteiligt, bei der jüdische Passagiere als Geiseln festgehalten wurden, während die nichtjüdischen freigelassen wurden. Leila Khaled selbst warb noch im Dezember 2024 für den bewaffneten Kampf einer Querfront islamistischer und säkularer palästinensischer Organisationen und rechtfertigte den Angriff auf Israel mit den Worten: „The 7th of October was a must, it had to happen because the history of the struggle is long between us and the enemy.“ Die Aufforderung verschiedener Gruppierungen im propalästinensischen Protestgeschehen in Hessen, sich der in Gaza wieder aufgenommenen Intifada terroristischer Gruppierungen anzuschließen, ist in diesem Kontext als Aufruf zur Gewalt gegen Juden zu verstehen.

#### **Israel wird im Narrativ des „Völkermordes“ dämonisiert**

Der brutale Angriff auf Israel wurde in den Diskursen, die die propalästinensischen Proteste in Hessen beherrschten, bereits nach etwa zwei Wochen nahezu unsichtbar gemacht. In den Äußerungen der verschiedenen betrachteten Gruppierungen erscheinen das sich entwickelnde Kriegsgeschehen und das Schicksal der palästinensischen Opfer folglich ausschließlich als Konsequenz eines willkürlichen und anlasslosen israelischen Angriffs. Bereits unmittelbar nach dem 7. Oktober wurde Israel von einzelnen Gruppierungen unterstellt, einen Völkermord am palästinensischen Volk geplant zu haben und diesen nun unter dem Vorwand der Selbstverteidigung umzusetzen. Im Verlauf der ersten Wochen des Israel-Gaza-Krieges wurde der Genozidvorwurf zum vorherrschenden Narrativ im hessischen Protestgeschehen, den alle Akteure aufgriffen und vehement propagierten. Sie versuchten damit an eine intensive gesellschaftliche Debatte über die völkerrechtliche Bewertung der israelischen Kriegsführung anzuschließen, die sich nach Beginn der militärischen Offensive Israels im Gazastreifen entwickelt hatte. Im Mittelpunkt dieser international geführten Diskussion stand die Frage, ob Israels Vorgehen als Genozid im Sinne der Konvention

über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes einzustufen sei.

Der Großteil der Völkerrechtler, Genozid- und Konfliktforscher vertrat im Herbst und Winter des Jahres 2023 die Auffassung, dass der Vorwurf eines Völkermordes zum damaligen Zeitpunkt nicht hinreichend begründet sei. Die militärische Initiative Israels wurde als Akt der Selbstverteidigung eines angegriffenen Staates gegen die HAMAS gewertet, der nicht von einer Vernichtungsabsicht geleitet sei. Schon in diesen ersten Monaten gab es aber auch Stimmen, die vor einem möglichen bzw. drohenden Genozid warnten. Diese stützten sich unter anderem auf die hohe Zahl ziviler Opfer, die großflächige Zerstörung von Infrastruktur im Gazastreifen sowie auf einzelne Aussagen israelischer Entscheidungsträger, die als entmenslichend interpretiert wurden.

Diese faktenbasierte öffentliche Debatte im Zuge der israelischen Militärintervention im Gazastreifen ist nicht per se als israelfeindlich oder antisemitisch anzusehen. Die maßgeblichen Akteure im propalästinensischen Protestgeschehen nahmen jedoch nur einen kleinen Teil der inhaltlichen Positionen und Schlussfolgerungen wahr und gaben diese stark verkürzt und mit Fehlinformationen angereichert wieder, um Israels angeblich völkermörderisches Vorgehen in Gaza zu „beweisen“. Beispielsweise wurde die Falschmeldung aufgegriffen, dass die israelischen Verteidigungsstreitkräfte das Al-Ahli-Krankenhaus in Gaza bombardiert hätten. Diese wurde verknüpft mit der Unterstellung, dies sei in voller Absicht und mit dem erklärten Ziel geschehen, palästinensische Zivilisten töten zu wollen. Die Revision der vorschnellen Erstberichterstattung wurde nicht zur Kenntnis genommen oder kommuniziert. Immer wieder wurde auch behauptet – ebenfalls ohne Belege –, dass Israel insbesondere Kinder aus rein sadistischer Motivation auf besonders brutale Art und Weise getötet habe.

In ihrer Rhetorik gehen die Agitatoren im hessischen Protestgeschehen über eine Israelkritik, wie sie die (Genozid-) Forschung, Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zum Teil auch vehement und harsch äußern, weit hinaus. Sie verbinden Versatzstücke legitimer Kritik am militärischen Vorgehen Israels im Gazastreifen mit israelfeindlichen Äußerungen und laden diese zum Teil mit antisemitischen Narrativen auf. Das verbindende Charakteristikum aller Aussagen ist eine dem Staat Israel unterstellte inhärente Bösartigkeit, die sich darin zeige, dass Israel im

Gazakrieg absichtlich grausam und blutrünstig agiere. In dieser Dämonisierung schließen sich die Vorwürfe im Protestgeschehen an eines der wirkmächtigsten antisemitischen Vorurteile an – das Narrativ des „von Natur aus“ bössartigen und grausamen Juden – und projizieren es auf den jüdischen Staat.

### **Israelhass und Antisemitismus fungieren als Brückennarrative**

Das propalästinensische Protestgeschehen in Hessen wurde maßgeblich von deutschen und türkischen Linksextremisten, Anhängern extremistischer säkularer Palästinenserorganisationen und islamistischen Gruppierungen mitgetragen und geprägt. Diese Akteure organisierten landesweit Veranstaltungen, haben für diese geworben und sie aktiv – etwa mit eigenen Redebeiträgen – gestaltet. Rechtsextremistische Organisationen haben sich im Untersuchungszeitraum nicht an diesen Demonstrationen beteiligt. Die häufig gemeinsam agierenden Gruppierungen Palästina e. V., Migrantifa Rhein-Main und Studis gegen rechte Hetze, die linksextremistische Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), aber auch die türkisch-linksextremistischen Organisationen Young Struggle und die Yeni Demokratik Gençlik (Neue Demokratische Jugend, YDG) sowie die islamistische Gruppierung Realität Islam (RI) und die Islamische Religionsgemeinschaft Hessen (IRH) waren im propalästinensischen Protestgeschehen in Hessen nach dem 7. Oktober besonders aktiv.

Die israelfeindlichen und israelbezogenen antisemitischen Narrative, die diese Gruppierungen in Parolen, Reden und Bildern verwendet haben, sind phänomenbereichsübergreifend dieselben. Und auch in ihrer Einschätzung, dass Israel als ultimativ grausamer und dämonischer Staat zu verstehen sei, der kein Existenzrecht habe, sind sich die Akteure über die ideologischen Grenzen hinweg einig. Eine feste Querfrontbildung, also eine strategische oder faktische Zusammenarbeit zwischen linksextremistischen und islamistischen Gruppierungen konnte im Rahmen des Forschungsprojektes im Untersuchungszeitraum jedoch nicht beobachtet werden. Festsustellen sind aber Versuche von Seiten linksextremistischer Gruppierungen, sich beispielsweise über die Bewerbung von islamistischen Veranstaltungen oder die Teilnahme an diesen einem ideologisch unterschiedlichen Lager anzunähern. Zwischen Akteuren, die eine ähnliche Weltanschauung teilen, sind hingegen festere Verbindungen entstanden. Deutsche und türkische antiimperialistisch ausgerichtete Gruppierungen haben sich über das Brückennarrativ des israel-

bezogenen Antisemitismus bereits in den ersten Wochen des Protestgeschehens immer weiter angenähert und ihre gemeinsame Agitation ausgebaut. Diese Vernetzungsbestrebungen kumulierten im Dezember 2023 in der Gründung des sogenannten Kufiya-Netzwerks, einem dogmatischen Bündnis, das rasch versuchte, seinen Einfluss auch bundesweit geltend zu machen.

## **FAZIT**

Im propalästinensischen Protestgeschehen, das sich in Hessen in Reaktion auf den 7. Oktober in bislang ungekanntem Ausmaß entwickelte, propagierten Akteure mit unterschiedlichem ideologischen Hintergrund Hass und Hetze gegen Juden und den Staat Israel. Diese neue, heterogene Formation der Antisemiten, die sich in Hessen seit dem 7. Oktober gebildet hat, verbindet sich über eine gemeinsame Sprache, über gemeinsame Vorurteile und über geteilte negative Emotionen gegenüber Israel. Ihren Hass trugen die wortführenden Protagonisten lautstark in das Demonstrationsgeschehen hinein und schafften es, über die von ihnen gesetzten Leitnarrative, das Denken und Sprechen über den 7. Oktober und den Krieg in Gaza maßgeblich zu beeinflussen. Ein Ausgleich oder Kompromiss mit dem dämonisierten Staat Israel ist für die extremistischen Akteure im Protestgeschehen ausgeschlossen und die Forderung nach Vernichtung seiner Existenz der in dieser Logik folgerichtige „Lösungsvorschlag“ für den seit Jahrzehnten andauernden Nahostkonflikt.

Die Unterschiede zwischen Israel im Sinne einer kritikwürdigen staatlichen Exekutive und den jüdischen Bürgern des Landes werden sprachlich verwischt und damit in Kauf genommen, dass auch die Demonstranten, die sich selbst nicht im extremistischen Spektrum verorten, nicht mehr differenzieren und ihren Hass unterschiedslos auf jüdisches Leben projizieren. Die Gewalt der antisemitisch aufgeladenen Sprache im Protestgeschehen ist mit einer mächtigen emotionalen Intensität verbunden, die geeignet ist, auch physische Gewaltakte zu rechtfertigen und die Schwelle, diese tatsächlich zu begehen, sinken lassen. Die neue Formation der Antisemiten, die im propalästinensischen Protestgeschehen in Hessen Judenhass verbreitet und zur Gewalt anstachelt, gefährdet mit ihrer Agitation den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sie gefährdet die Demokratie – vor allem aber gefährdet sie ganz konkret jüdisches Leben in Deutschland.

# AUSBLICK – ANSÄTZE FÜR DIE PRÄVENTIONSARBEIT

## DIFFERENZIERTE LAGEANALYSE

- 1.** Die systematische Auswertung von Reden, Parolen, Bildern und Social-Media-Posts im hessischen Protestgeschehen hat gezeigt: Eine differenzierte Betrachtung der Äußerungen im Protestgeschehen ist wichtig. Kritik an israelischer Regierungspolitik, auch wenn sie kontrovers und zugespitzt formuliert wird, ist legitim. Israelfeindlichkeit und antisemitische Hetze aber können verfassungsfeindliche oder strafbare Dimensionen annehmen. Da Antisemitismus häufig nur chiffriert oder implizit geäußert wird, muss deutlich gemacht werden, wie man ihn erkennen und dekonstruieren kann.
- 2.** Organisationen aus dem deutschen und türkischen Linksextremismus sowie aus dem Islamismus haben propalästinensische Demonstrationen in Hessen für ihre eigenen Zwecke instrumentalisiert und sich über israelfeindliche und antisemitische Narrative in ihrer rhetorischen Agitation einander angenähert. Künftige Untersuchungen können an diese Erkenntnisse anknüpfen, indem sie nachvollziehen, welche neuen antisemitischen Narrative extremistische Akteure während des Israel-Gaza-Krieges in das andauernde Protestgeschehen eingespeist haben. Zum anderen wäre zu evaluieren, inwiefern sich Vernetzungsbestrebungen auch realweltlich – etwa in Ansätzen einer Querfrontbildung – fortgesetzt haben und auf diese Weise zu einer Radikalisierung des Protestgeschehens beitragen.

## AUFKLÄRUNG UND POLITISCHE BILDUNG

- 3.** Die Entwicklungen im Nahostkonflikt haben unmittelbare Auswirkungen auf die extremistische Agitation in Hessen – auch nach dem fragilen Friedensschluss zwischen Israel und der HAMAS im Oktober 2025. Neben der nachrichtendienstlichen Beobachtung von extremistischen Aktivitäten in diesem Kontext hat das LfV auch die Aufgabe, die Öffentlichkeit für die konkrete Einflussnahme von Extremisten auf den öffentlichen Diskurs zu sensibilisieren. Dem kommt das LfV mit eigenen Fortbildungsangeboten nach, in denen die Reaktionen in den verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen auf die Lage im Nahen Osten bzw. die daraus resultierenden Ereignisse in Hessen thematisiert werden. Auf der Homepage des LfV wird die Öffentlichkeit über aktuelle extremistische Kampagnen oder Veranstaltungen informiert.
- 4.** Auf den islamistischen Terrorangriff auf Israel am 7. Oktober 2023 und den daraus resultierenden Anstieg antisemitischer Vorfälle und Straftaten in Hessen hat das LfV mit einer eigenen Kampagne unter der Überschrift „Kein Raum für Antisemitismus“ reagiert. Die PAAF führte zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen zu den Themen „Israelbezogener Antisemitismus“ und „Extremistische Akteure im propalästinensischen Protestgeschehen“ unter anderem für den Kultus- und Wissenschaftsbereich, für Polizei, Justiz und andere Behörden, aber auch für zivilgesellschaftliche Organisationen durch. Bis heute ist ein Rückgang der antisemitischen Fallzahlen nicht zu erkennen – Antisemitismus manifestiert sich nach wie vor auf einem anhaltend hohen Niveau. Das bedeutet, dass die etablierten Präventionsmaßnahmen des LfV zur Erkennung und Bekämpfung von Antisemitismus vollumfänglich weitergeführt werden.
- 5.** Israelfeindlichkeit und Narrative eines israelbezogenen Antisemitismus spielen eine zentrale, verbindende Rolle im Protestgeschehen. Diese Erscheinungsformen müssen in der Antisemitismusprävention vorrangig Beachtung finden. Die vorliegenden Erkenntnisse sollten durch Forschungsprojekte, die die Ausprägungen von Israelfeindlichkeit und israelbezogenem Antisemitismus in öffentlichen Räumen abseits der Straße untersuchen, ergänzt werden. Insbesondere dort, wo antisemitische Narrative besonders häufig verbreitet werden – in Schulen, Hochschulen und in den sozialen Netzwerken – sollten künftige Studien ansetzen.

# PHÄNOMENBEREICHSÜBERGREIFENDE ANALYSESTELLE ANTISEMITISMUS UND FREMDENFEINDLICHKEIT (PAAF)

Extremismus existiert nicht im luftleeren Raum. Nicht nur reagieren Extremisten auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen und Umbrüche und versuchen, diese in ihrem Sinne zu beeinflussen. Zahlreich sind darüber hinaus auch die Wechselwirkungen und programmatischen Überschneidungen zwischen den verschiedenen extremistischen Milieus und (Teilen) der Mehrheitsgesellschaft. Um extremistische Phänomene wirklich zu verstehen, braucht es ein Verständnis unserer Gesellschaft insgesamt. Damit der Verfassungsschutz seiner Aufgabe als Frühwarnsystem gerecht werden kann, darf er seine Augen auch vor einschlägigen gesellschaftlichen

Entwicklungen jenseits des Extremismus im engeren Sinne nicht verschließen. Die Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysetelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit des LfV soll hierzu einen Beitrag leisten. Sie führt regelmäßig eigene Forschungsprojekte durch, die verfassungsfeindliche Phänomene in den Blick nehmen und strukturelle Trends sowie neue Wirkungsräume extremistischer Agitation identifizieren. Die Ergebnisse dienen nicht nur der internen Beratung, sondern werden auch zivilgesellschaftlichen Akteuren und einer breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

## ANGEBOTE DER ANALYSESTELLE

### VERÖFFENTLICHUNGEN

Die vorliegende Veröffentlichung ist die dritte Ausgabe in der Reihe PAAF-Analysen IN ALLER KÜRZE.

Eine ausführlichere Darstellung der Studie und ihrer Ergebnisse finden Sie unter [www.lfv.hessen.de/paaf](http://www.lfv.hessen.de/paaf).

### FORTBILDUNGSANGEBOTE

Die Analysetelle steht für Vorträge zu Antisemitismus im Allgemeinen und zu der vorliegenden Studie im Speziellen gerne zur Verfügung.

Wenn Sie Interesse an diesen oder anderen Fortbildungs- und Beratungsangeboten zum Thema Extremismus haben, wenden Sie sich bitte an:

[praevention@lfv.hessen.de](mailto:praevention@lfv.hessen.de).

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** Landesamt für Verfassungsschutz Hessen,  
Konrad-Adenauer-Ring 49, 65187 Wiesbaden

**Stand:** März 2026

### Hinweise:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wurde in der vorliegenden Kurzfassung bewusst auf Fußnoten verzichtet. Sämtliche Quellenangaben, weiterführende Hinweise und Referenzen sind in der Langversion des Textes dokumentiert. Diese ist auf der Homepage des LfV Hessen abrufbar unter: [www.lfv.hessen.de/paaf](http://www.lfv.hessen.de/paaf).

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschriften zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.